

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203679]

4. JULI 2024 — Erlass der Regierung zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der Verfassung, Artikel 121, 130 und 139;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 68, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993, und 69;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass nach der Neuwahl der Mitglieder der Regierung die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister zur Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit der Regierung keinen Aufschub duldet;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - § 1 - Den Mitgliedern der Regierung wird in den Angelegenheiten, für die sie aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. Juli 2024 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister zuständig sind, die Vollmacht erteilt, die Dekrete und Verordnungen anzuwenden sowie die den Zuständigkeiten entsprechende Politik zu verfolgen. Es ist ihnen nicht erlaubt, Erlasse mit Verordnungsscharakter zu fassen.

Die in Absatz 1 erwähnte Vollmacht bezieht sich auch auf die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bezüglich der Sprachenbedingungen bei Einstellungen von Personalmitgliedern im Unterrichtswesen sowie auf die Versetzung in den Ruhestand von Personalmitgliedern im Ministerium, in den Einrichtungen öffentlichen Interesses und im Unterrichtswesen.

§ 2 - In Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit verschiedener Mitglieder der Regierung gehören, werden die Beschlüsse von den betreffenden Mitgliedern gemeinsam gefasst.

§ 3 - Jeder Entwurf eines Rundschreibens oder einer Anweisung allgemeiner Art wird vom zuständigen Minister den anderen Mitgliedern der Regierung übermittelt.

Letztere können bei der nächstfolgenden Sitzung der Regierung eine kollegiale Beschlussfassung über den Entwurf verlangen. Bis zu dieser Sitzung darf der Entwurf nicht anwendbar gemacht werden.

§ 4 - Die Liste der von den Mitgliedern der Regierung aufgrund der ihnen erteilten Vollmachten unterzeichneten Ministererlasse wird den übrigen Mitgliedern der Regierung alle zwei Monate übermittelt.

§ 5 - Die Regierung beschließt über ihre Geschäftsordnung.

§ 6 - Ein Mitglied der Regierung kann für die Dauer einer vorhergesehenen Abwesenheit oder Verhinderung seine Vollmachten mit dem damit verbundenen Unterschriftenrecht einem anderen Mitglied der Regierung übertragen, welches diese annimmt. Die von beiden Mitgliedern der Regierung unterzeichnete Vollmachtenübertragung wird der Regierung auf ihrer erstfolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht.

In dem in Absatz 1 vorgesehenen Fall sowie bei unvorhergesehener Abwesenheit oder Verhinderung eines Mitglieds der Regierung kann die Regierung gültig beschließen, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend sind.

Art. 2 - In Abweichung von Artikel 1 gibt Anlass zu einem kollegialen Beschluss:

1. die Gewährung von Subventionen und Dotationen im Rahmen der laufenden Ausgaben, die den in Artikel 11 Absatz 1 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 18. April 2017 über die Vergabe öffentlicher Aufträge in den klassischen Bereichen erwähnten Betrag übersteigen;

2. die Gewährung von Subventionen und Dotationen im Rahmen der Investitionsausgaben, die den im ersten Satz von Artikel 11 Absatz 1 Nummer 3 des Königlichen Erlasses vom 18. April 2017 über die Vergabe öffentlicher Aufträge in den klassischen Bereichen erwähnten Betrag übersteigen, mit Ausnahme der Infrastrukturzuschüsse für Projekte, die im Infrastrukturplan vorgesehen sind, sofern die in diesem Plan vorgesehene Summe nicht überschritten wird;

3. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der laufenden Ausgaben, die den in Nummer 1 erwähnten Betrag übersteigen;

4. die Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der Investitionsausgaben, die den in Nummer 2 erwähnten Betrag übersteigen, mit Ausnahme der Ausgaben für Infrastrukturprojekte, die im Infrastrukturplan vorgesehen sind, sofern die in diesem Plan vorgesehene Summe nicht überschritten wird.

Die in Absatz 1 vorgesehenen Beschränkungen gelten nicht für die im administrativen Ausgabenhaushalt namentlich aufgeführten Subventionen und Dotationen.

Die in Absatz 1 Nummer 1 vorgesehene Beschränkung gilt nicht, wenn die Gewährung der Subvention als gebundene Entscheidung ohne Ermessensspielraum zu betrachten ist.

Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 vorgesehenen Beschränkungen gelten für jegliche Form der Zusage. Die Beschränkungen beziehen sich auf die Beträge der einzelnen Subventionen und Dotationen und nicht auf deren Summe bei Sammelbeschlüssen.

Die in Absatz 1 festgelegten Beträge betreffen die Gesamtheit der Ausgabe, den Betrag der Mehrwertsteuer nicht inbegriffen.

Art. 3 - In Abweichung von Artikel 1 gibt Anlass zu einem kollegialen Beschluss:

1. jeder Gründungs-, Dezentralisierungs- oder Umstrukturierungsvorschlag in Bezug auf die öffentlichen Dienststellen, Organisationen und Einrichtungen, die mit der Durchführung der Politik der Gemeinschaft beauftragt sind, einschließlich der Organisationen und Einrichtungen, die vorwiegend mittels Subventionen zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft arbeiten;
2. die Festlegung des Stellenplans des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. jeder Entwurf bezüglich statutarischer Bestimmungen, einschließlich des Stellenplans aller öffentlichen Einrichtungen, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterstehen;
4. der Beitritt zu privaten oder öffentlichen Vereinigungen und die Bestellung der Vertreter der Regierung in diesen Vereinigungen oder anderen privaten oder öffentlichen Organisationen, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen oder von ihr bezuschusst werden;
5. die Bestellung der Mitglieder aller durch Dekret oder Erlass der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffenen Gremien;
6. der Erwerb, die Veräußerung, der Tausch und die Gewährung dinglicher Rechte im Zusammenhang mit unbeweglichen Gütern, deren Eigentümerin die Deutschsprachige Gemeinschaft ist, sowie der Abschluss von sonstigen Miet- oder Nutzungsverträgen im Zusammenhang mit unbeweglichen Gütern.

Art. 4 - In Abweichung von Artikel 1 gibt Anlass zu einem kollegialen Beschluss:

1. die Abgabe eines Gutachtens für föderale, gemeinschaftliche, regionale, europäische oder internationale Behörden und Organisationen sowie die Einreichung eines Berichts oder Antrags an diese Behörden und Organisationen;
2. jedes Vorhaben zum Abschluss oder zur Abänderung eines bilateralen oder multilateralen Zusammenarbeitsabkommens;
3. alle Vorhaben in Bezug auf eine Zuständigkeitserweiterung der Gemeinschaft;
4. die Festlegung der allgemeinen Politik der Gemeinschaft, einschließlich der zu verfolgenden politischen Linie in inländischen und ausländischen politischen Gremien, sowie die Entsendung und Bestellung von Vertretern der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diese Gremien.

Art. 5 - Monatlich wird jedem Mitglied der Regierung eine vollständige Übersicht über den Haushalt, sowohl was die Verpflichtungsermächtigungen als auch was die Ausgabeermächtigungen betrifft, übermittelt.

Art. 6 - Der Erlass der Regierung vom 20. Juni 2019 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Minister ist aufgehoben.

Art. 7 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Art. 8 - Die Minister sind, jeder in seinem Zuständigkeitsbereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 4. Juli 2024

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:
Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH
Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
J. FRANSEN
Der Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien
G. FRECHES
Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
L. KLINKENBERG

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/203679]

4 JUILLET 2024. — Arrêté du Gouvernement relatif au transfert de pouvoirs de décision aux ministres

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la Constitution, les articles 121, 130 et 139;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 68, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993, et l'article 69;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2019 relatif au transfert de pouvoirs de décision aux ministres;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1^{er};

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'à la suite de l'élection des nouveaux membres du Gouvernement, le transfert de pouvoirs de décision aux ministres doit être réglé sans délai afin d'assurer la continuité du travail gouvernemental;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. § 1^{er} - Il est accordé aux membres du Gouvernement, dans les matières pour lesquelles ils sont compétents en vertu de l'arrêté du Gouvernement du 4 juillet 2024 fixant la répartition des compétences entre les ministres, délégation pour appliquer les décrets et les règlements et mener une politique correspondant aux compétences. Ils ne peuvent prendre d'arrêtés réglementaires.

La délégation visée à l'alinéa 1^{er} se rapporte également à l'octroi de dérogations aux conditions linguistiques lors de l'engagement de membres du personnel dans l'enseignement ainsi qu'à la mise à la retraite de membres du personnel travaillant au Ministère, dans les organismes d'intérêt public et dans l'enseignement.

§ 2 - Dans les matières relevant de la compétence de différents membres du Gouvernement, les décisions sont prises en commun par les membres concernés.

§ 3 - Le Ministre compétent transmet tout projet de circulaire ou de directive à portée générale aux autres membres du Gouvernement.

Ceux-ci peuvent, lors de la séance suivante du Gouvernement, demander une décision collégiale à propos du projet. Jusqu'à cette séance, le projet ne peut être rendu applicable.

§ 4 - La liste des arrêtés ministériels signés par les membres du Gouvernement en vertu des pouvoirs qui leur sont conférés est transmise tous les deux mois aux autres membres du Gouvernement.

§ 5 - Le Gouvernement adopte son règlement d'ordre intérieur.

§ 6 - Un membre du Gouvernement peut, pour la durée d'une absence ou d'un empêchement prévu, transmettre ses pouvoirs et le droit de signature y afférent à un autre membre du Gouvernement, qui accepte. La procuration signée par les deux membres du Gouvernement est portée à la connaissance du Gouvernement lors de sa prochaine séance.

Dans le cas prévu à l'alinéa 1^{er} et en cas d'absence ou d'empêchement imprévu d'un membre du Gouvernement, le Gouvernement peut délibérer valablement lorsque plus de la moitié de ses membres sont présents.

Art. 2. Par dérogation à l'article 1^{er}, donnent lieu à une décision collégiale :

1° l'octroi de subventions et dotations dans le cadre des dépenses courantes dépassant le montant mentionné à l'article 11, alinéa 1^{er}, 2°, de l'arrêté royal du 18 avril 2017 relatif à la passation des marchés publics dans les secteurs classiques;

2° l'octroi de subventions et dotations dans le cadre des dépenses d'investissement dépassant le montant mentionné à l'article 11, alinéa 1^{er}, 3°, première phrase, de l'arrêté royal du 18 avril 2017 relatif à la passation des marchés publics dans les secteurs classiques, à l'exception des subsides d'infrastructure pour des projets inscrits au plan d'infrastructure dans la mesure où la somme prévue dans ce plan n'est pas dépassée;

3° la passation de marchés publics dans le cadre des dépenses courantes dépassant le montant mentionné au 1°;

4° la passation de marchés publics dans le cadre des dépenses d'investissement dépassant le montant mentionné au 2°, à l'exception des dépenses pour des projets d'infrastructure inscrits au plan d'infrastructure dans la mesure où la somme prévue dans ce plan n'est pas dépassée.

Les limitations prévues à l'alinéa 1^{er} ne valent pas pour les subventions et dotations reprises nommément dans le budget administratif des dépenses.

La limitation prévue à l'alinéa 1^{er}, 1°, ne vaut pas lorsque l'octroi de la subvention doit être considéré comme une « décision liée », sans marge d'appréciation.

Les limitations prévues à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, valent pour toutes les formes de promesses. Les limitations portent sur les montants des différentes subventions et dotations et non sur leur somme globale en cas de décisions collectives.

Les montants fixés à l'alinéa 1^{er} couvrent la totalité de la dépense, hors TVA.

Art. 3. Par dérogation à l'article 1^{er}, donnent lieu à une décision collégiale :

1° toute proposition de création, de décentralisation ou de restructuration des services, organismes et institutions publics qui sont chargés de l'exécution de la politique communautaire, en ce compris les organismes et institutions fonctionnant majoritairement au moyen de subventions à charge de la Communauté germanophone;

2° la fixation du cadre du Ministère de la Communauté germanophone;

3° tout projet relatif aux dispositions statutaires, en ce compris le cadre de toutes les institutions publiques relevant de la Communauté germanophone;

4° l'adhésion à des associations privées ou publiques et la désignation des représentants du Gouvernement dans ces associations ou autres organismes privés ou publics dépendant de la Communauté germanophone ou subventionnés par elle;

5° la désignation des membres de tous les organes créés par décret ou arrêté de la Communauté germanophone;

6° l'acquisition, la cession, l'échange et l'octroi de droits réels en lien avec des biens immeubles dont la Communauté germanophone est propriétaire, ainsi que la conclusion de contrats de bail ou d'usage en lien avec des biens immeubles.

Art. 4. Par dérogation à l'article 1^{er}, donnent lieu à une décision collégiale :

1° la formulation d'un avis à l'intention des pouvoirs et organismes fédéraux, communautaires, régionaux, européens ou internationaux ainsi que l'introduction d'un rapport ou d'une demande auprès de ces pouvoirs et organismes;

2° tout projet relatif à la conclusion ou à la modification d'un accord de coopération bilatéral ou multilatéral;

3° tout projet relatif à un élargissement des compétences de la Communauté;

4° la fixation de la politique générale de la Communauté, en ce compris la ligne politique à suivre au sein des commissions politiques nationales et étrangères ainsi que l'envoi et la désignation de représentants de la Communauté germanophone au sein de ces commissions.

Art. 5. Une situation budgétaire complète, tant en ce qui concerne les crédits d'engagement que les crédits d'ordonnancement, est transmise mensuellement à chacun des membres du Gouvernement.

Art. 6. L'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2019 relatif au transfert de pouvoirs de décision aux ministres est abrogé.

Art. 7. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption.

Art. 8. Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.
Eupen, le 4 juillet 2024.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances,
O. PAASCH
Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,
J. FRANSEN
Le Ministre de la Culture, des Sports, du Tourisme et des Médias,
G. FRECHES
La Ministre de la Famille, des Affaires sociales, du Logement et de la Santé,
L. KLINKENBERG

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/203679]

4 JULI 2024. — Besluit van de Regering houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de ministers

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de Grondwet, artikelen 121, 130 en 139;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 68, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993, en artikel 69;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 juni 2019 houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de ministers;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid gewettigd wordt door de omstandigheid dat de overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de ministers zo snel mogelijk na de verkiezing van de nieuwe leden van de Regering moet plaatsvinden, zodat de continuïteit van het regeringswerk niet in het gedrang komt;

Op de voordracht van de Minister-President, Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. § 1 - Aan de leden van de Regering wordt in de materies waarvoor ze krachtens het besluit van de Regering van 4 juli 2024 houdende verdeling van de bevoegdheden onder de ministers bevoegd zijn, delegatie toegestaan om de decreten en reglementen toe te passen alsook het beleid dat met de bevoegdheden overeenstemt te voeren. Het is hen echter niet toegestaan reglementaire besluiten te nemen.

De delegatie bedoeld in het eerste lid betreft ook de toekenning van afwijkingen van de voorwaarden inzake taalgebruik bij de indienstneming van personeelsleden in het onderwijs, alsook de opruistelling van personeelsleden die werkzaam zijn in het Ministerie, in de instellingen van openbaar nut en in het onderwijs.

§ 2 - Voor de aangelegenheden die tot de bevoegdheid van verschillende leden van de Regering behoren, worden de beslissingen gezamenlijk door de betrokken leden genomen.

§ 3 - De bevoegde minister bezorgt elk ontwerp van omzendbrief of elk ontwerp van algemene instructie aan de andere leden van de Regering.

Deze kunnen op de eerstvolgende vergadering van de Regering een collegiale beslissing over het ontwerp vragen. Tot deze vergadering mag het ontwerp niet van toepassing worden verklaard.

§ 4 - De lijst van de ministeriële besluiten die de regeringsleden op grond van de aan hen toegekende delegaties hebben ondertekend, worden alle twee maanden aan de andere regeringsleden bezorgd.

§ 5 - De Regering stelt haar huishoudelijk reglement op.

§ 6 - Voor de duur van een geplande afwezigheid of verhindering kan een lid van de Regering zijn bevoegdheden en het bijbehorend ondertekeningrecht aan een ander lid van de Regering overdragen, dat aanvaardt. De door beide leden van de Regering ondertekende delegatie van bevoegdheid wordt op de eerstvolgende regeringsvergadering ter kennis gebracht van de Regering.

In het geval bepaald in het eerste lid en bij onvoorzienbare afwezigheid of verhindering van een lid van de Regering kan de Regering geldig beraadslagen en besluiten, indien meer dan de helft van haar leden aanwezig is.

Art. 2. In afwijking van artikel 1 wordt collegiaal beslist over:

1° de toekenning van toelagen en dotaties die in het kader van de lopende uitgaven het bedrag overstijgen vermeld in artikel 11, eerste lid, 2°, van het koninklijk besluit van 18 april 2017 plaatsing overheidsopdrachten in de klassieke sectoren;

2° de toekenning van toelagen en dotaties die in het kader van de investeringsuitgaven het bedrag overstijgen bepaald in de eerste zin van artikel 11, eerste lid, 3°, van het koninklijk besluit van 18 april 2017 plaatsing overheidsopdrachten in de klassieke sectoren, met uitzondering van de infrastructuursubsidies voor projecten die in het infrastructuurplan voorzien zijn, indien het in dit plan voorziene bedrag niet wordt overschreden;

3° het gunnen van overheidsopdrachten die in het kader van de lopende uitgaven het bedrag vermeld in 1° overschrijden;

4° het gunnen van overheidsopdrachten die in het kader van de investeringsuitgaven het bedrag vermeld in 2° overschrijden, met uitzondering van de uitgaven voor infrastructuurprojecten die in het infrastructuurplan voorzien zijn, indien het in dit plan voorziene bedrag niet wordt overschreden.

De beperkingen bedoeld in het eerste lid gelden niet voor de toelagen en dotaties die in de administratieve uitgavenbegroting bij naam genoemd worden.

De beperking bedoeld in het eerste lid, 1°, geldt niet als de toekenning van de toelage als een gebonden beslissing zonder appreciatiemarge moet worden beschouwd.

De beperkingen bedoeld in het eerste lid, 1° en 2°, gelden voor elke vorm van toezegging. Die beperkingen hebben betrekking op de bedragen van de afzonderlijke toelagen en dotaties en niet op de som van die bedragen bij collectieve besluiten.

De bedragen vastgelegd in het eerste lid dekken de volledige uitgaven, btw niet inbegrepen.

Art. 3. In afwijking van artikel 1 wordt collegiaal beslist over:

1° elk voorstel tot oprichting, decentralisatie of herstructurering van overheidsdiensten, -organisaties of -instellingen die belast zijn met de uitvoering van het gemeenschapsbeleid, met inbegrip van organisaties en instellingen die overwegend door middel van toelagen ten laste van de Duitstalige Gemeenschap werken;

2° de vastlegging van de personeelsformatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° elk ontwerp van statutaire bepalingen, met inbegrip van de personeelsformatie van alle openbare instellingen die van de Duitstalige Gemeenschap afhangen;

4° de toetreding tot particuliere of openbare verenigingen en de aanwijzing van de vertegenwoordigers van de Regering in deze verenigingen of andere particuliere of openbare organisaties die van de Duitstalige Gemeenschap afhangen of door haar gesubsidieerd worden;

5° de aanwijzing van de leden van alle organen die bij decreet of besluit van de Duitstalige Gemeenschap zijn opgericht;

6° de aankoop, vervreemding, ruil en toekenning van zakelijke rechten in samenhang met onroerende goederen waarvan de Duitstalige Gemeenschap eigenaar is, alsook het sluiten van andere huur- of gebruiksovereenkomsten in samenhang met onroerende goederen.

Art. 4. In afwijking van artikel 1 wordt collegiaal beslist over:

1° het uitbrengen van een advies ten behoeve van federale, gemeenschaps-, gewest-, Europese of internationale overheden en organisaties, alsook het indienen van een verslag of een verzoek bij die overheden of organisaties;

2° elk voornemen om een bilaterale of multilaterale samenwerkingsovereenkomst te sluiten of te wijzigen;

3° elk voornemen om de bevoegdheden van de Gemeenschap uit te breiden;

4° de vastlegging van het algemeen beleid van de Gemeenschap, met inbegrip van de te volgen beleidslijn in binnenlandse en buitenlandse politieke gremia, alsook de afvaardiging en de aanwijzing van vertegenwoordigers van de Duitstalige Gemeenschap in deze gremia.

Art. 5. Elk lid van de Regering ontvangt maandelijks een volledig overzicht van de begroting, zowel wat de vastleggingskredieten als wat de ordonnanceringskredieten betreft.

Art. 6. Het besluit van de Regering van 20 juni 2019 houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de ministers wordt opgeheven.

Art. 7. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Art. 8. De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 4 juli 2024.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën,

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,

J. FRANSEN

De Minister van Cultuur, Sport, Toerisme en Media,

G. FRECHES

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid,

L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203683]

4. JULI 2024 — Erlass der Regierung zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Minister

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund der Verfassung, Artikel 121, 130 und 139;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, zuletzt abgeändert durch das Sondergesetz vom 24. Januar 2024;